

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 07.10.2023)

Titel: **Diese Welt muss unsere sein - Arbeitsprogramm 2024**

Antragstext

1 Das letzte Verbandsjahr war geprägt von Bildungsarbeit auf allen Ebenen: Vom
2 Internationalistischen Sommer auf Bundesebene bis hin zu unzähligen Camps und
3 Workshops in den Kreisverbänden - es folgte ein Seminar auf das andere und wir
4 alle konnten gemeinsam unsere Analyse schärfen.

5 Gleichzeitig haben wir in einer Vielzahl gesellschaftlicher Konflikte neue
6 Erfahrungen gemacht, auf denen wir aufbauen können. Mit der GenugIstGenug-
7 Kampagne haben wir uns im Herbst und Winter gegen die enormen Kostensteigerungen
8 zusammenschlossen, in Lützerath haben wir uns Landesregierung und RWE in den
9 Weg gestellt, im Sommer haben wir uns entschieden gegen die GEAS-
10 Asylverschärfungen gewehrt.

11 Gepaart mit unserer Bildungsarbeit können wir diese Erfahrungen einordnen. Denn
12 der Verlauf der Konflikte im letzten Jahr ist weder Zufall, noch Folge unserer
13 eigenen Fehler. Das letzte Jahr hat uns gelehrt, dass auch auf Regierungen mit
14 grüner Beteiligung nicht automatisch Verlass ist. Wir verstehen jetzt so gut wie
15 nie zuvor, dass es stattdessen Druck von der Straße und aus den Betrieben
16 braucht, um Veränderung zu erreichen. Dieser Druck darf dabei nicht bloß aus
17 einem kurzlebigen Aufschrei bestehen, sondern muss zu echter, tiefgreifender
18 Organisation führen. Als eigenständiger Jugendverband, der die eigenen
19 Ressourcen gezielt für die wichtigsten Konflikte und Projekte einzusetzen weiß,
20 können wir das gemeinsam erreichen!

21 Mit den verschiedenen Kampagnen, die anstehen, wird das nächste Jahr
22 entscheidend sein, um mehr zu werden und dazu zu lernen. Nutzen wir es, so gut

23 wir können, und gehen einen weiteren Schritt auf unserem Weg nach vorn.

24 Für diesen Weg ist uns ist klar: Wir können und werden uns auf ihm nicht mit den
25 Pflastern zufriedengeben, die aktuell durch Regierungen in Form von kleinsten
26 Reformen auf klaffende Probleme geklebt werden. Klimakrise und soziale
27 Ungerechtigkeit lassen sich durch sie nicht lösen. Wir wollen also kein kleines
28 Stück vom Kuchen - wir wollen selbst darüber mitbestimmen, was in der Bäckerei
29 gebacken wird.

30 Mehr denn je ist klar: Diese Welt muss unsere sein!

31 **Bildungsarbeit**

32 Starke Bildungsarbeit ist eines der zentralen Handlungsfelder der GRÜNEN JUGEND
33 NRW. Wir wissen, dass wir als linker Jugendverband die Welt nur dann in unserem
34 Sinne verändern können, wenn wir die aktuellen Verhältnisse umfassend
35 analysieren und daraus unsere politischen Antworten auf die Ungerechtigkeit
36 ableiten. Bildungsarbeit befähigt uns alle dazu.

37 Als Landesverband der GRÜNEN JUGEND ist es unsere Aufgabe, alle Mitglieder im
38 ganzen Land und auf den verschiedenen Ebenen abzuholen und Angebote für alle
39 Wissensstände anzubieten. Egal ob ganz frisch im Verband oder schon seit 3
40 Jahren in Verantwortungsposition: Wir wollen mit verschiedenen Formaten der
41 Bildungsarbeit alle aus- und weiterbilden und so das Fundament für echte
42 Veränderung schaffen.

43 **Frühjahrs-LMV**

44 Wir erleben gerade in Deutschland, aber auch fast überall in Europa einen
45 krassen Rechtsruck. Ein Erfolg in den Wahlen jagt den nächsten, in vielen
46 europäischen Staaten sind Rechte schon an der Regierung beteiligt und die
47 Umfragen für die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen 2024 sehen
48 mit jedem Monat schlimmer aus.

49 Vor dem Hintergrund wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, woher der
50 Rechtsruck eigentlich kommt und was die Grundlagen für das Erstarken des
51 Faschismus sind. Anknüpfend wollen wir dann klären, was wirklich gegen den
52 Rechtsruck hilft und was unsere Rolle als linker Jugendverband darin ist.

53 Wir wollen die Landesmitgliederversammlung im Frühjahr außerdem dafür nutzen, um
54 gemeinsam in die Europakampagne der GRÜNEN JUGEND zu starten.

55 **Sommercamp**

56 Wir erleben beim Blick auf Social Media, in der Kneipe und oft genug auch am
57 Familientisch, dass die rechte Mär vom woken Deutschland nicht Realität ist. Im
58 Gegenteil, gemeinsam mit dem Rechtsruck kommen Antifeminismus und patriarchale
59 Gewalt. FINTA* arbeiten zu fast 1/4 im Niedriglohnsektor, an jedem dritten Tag
60 geschieht in Deutschland ein Femizid, queerfeindliche Gewalt nimmt zu. Beim
61 Sommercamp wollen wir uns gemeinsam fragen, woher das Patriarchat überhaupt
62 kommt, warum es eigentlich ein gesellschaftliches System aus nur zwei
63 Geschlechtern gibt und vor allem, wie wir da endlich rauskommen.

64 **Herbst-LMV**

65 Um politischen Wandel erkämpfen zu können, müssen wir so viele junge Menschen
66 wie möglich in ihrer Lebensrealität abholen und bei uns organisieren. Das
67 passiert nicht einfach so - stattdessen müssen wir bewusst konkrete Konflikte
68 vor Ort führen und unsere Kreisverbände als wichtigste Ankommensorte stärken.
69 Die ohnehin sehr politischen Zeiten rund um die Bundestags- und Kommunalwahlen
70 2025 bieten dafür viel Potenzial. Das wollen wir nutzen, um unseren Verband und
71 damit auch die gesamte gesellschaftliche Linke zu stärken. Auf der Herbst-
72 Landesmitgliederversammlung wollen wir uns deshalb mit der Frage beschäftigen,
73 wie Organisierung vor Ort am besten gelingen kann und wie wir die Wahlzeit
74 sinnvoll für sie nutzen können.

75 **Weitere Angebote**

76 Über die 3 großen Veranstaltungen hinaus wollen wir weitere Angebote zu
77 aktuellen Fragen der politischen Lage anbieten. Daneben wird es in unserer
78 Bildungsarbeit gerade im ersten Halbjahr natürlich um die Europawahl gehen. Wir
79 wollen sie nutzen, um unsere Mitglieder inhaltlich und methodisch
80 weiterzubilden.

81 Wir wollen im nächsten Jahr außerdem ein völlig neues Format ausprobieren und
82 ein Bildungswochenende im Winter anbieten, auf dem wir uns gemeinsam über
83 weiterführende strategische und inhaltliche Fragen Gedanken machen wollen.

84 **Train-the-Trainers**

85 Das Train-The-Trainers-Programm aus dem letzten Jahr war ein voller Erfolg. Für
86 die Trainer*innen gilt es jetzt in erster Linie, Praxiserfahrungen zu sammeln
87 und erste Workshops in Kreisverbänden zu geben. Darüber hinaus wollen wir das
88 neu entstandene Netzwerk weiter nutzen, um Erfahrungen auszutauschen und sich je

89 nach finanziellen Möglichkeiten im nächsten Jahr auch gemeinsam im Rahmen von
90 Tagesworkshops weiterzubilden.

91 **Bildungsteam**

92 Die Teamarbeit im Bildungsteam wollen wir im nächsten Jahr fortführen und in das
93 vierte Jahr mit dem NRW-Bildungsteam starten. Mit jeder Großveranstaltung in den
94 letzten Jahren konnte die Arbeit des Teams weiter professionalisiert werden.
95 Gleichzeitig bietet das Team einen Einbringungsort auf Landesebene für alle, die
96 sich ein Vorstandsamt nicht zutrauen oder die in ihrem Alltag nicht genug Zeit
97 dafür einräumen können.

98 **Methodische und strategische Weiterbildung**

99 Im nächsten Jahr eignet sich vor allem die eigenständige EU-Kampagne für
100 strategische Bildung und die Weitergabe von konkreten Skills. Wie genau
101 funktioniert eigentlich zielgruppenspezifische Ansprache vor Ort, wie kann mein
102 Kreisverband zu einem guten Ankommensort für neue werden? Diese Fragen wollen
103 wir gemeinsam beantworten und die neuen Erkenntnisse im Rahmen der Kampagne
104 direkt in die Praxis umsetzen. Darüberhinaus werden wird es Social-Media-
105 Schulungen für das neue Corporate Design vom Bundesverband geben und wir werden
106 die KV-LV-Treffen sowie die Ämterrunden weiterhin für Skillshares und Austausch
107 zu best-practice-Beispielen nutzen.

108 **NRW-Einleger**

109 Auch im nächsten Jahr soll der NRW-Einleger für das Mitgliedermagazin
110 über:morgen der Grünen Jugend einen Beitrag zu unserer Bildungsarbeit leisten.
111 Dafür soll es unter anderem auch weiterhin hochwertige Gastbeiträge und Berichte
112 aus dem Verband geben. Das Einleger-Team wird weiterhin zur Erarbeitung und
113 Zusammenstellung der Inhalte des Einlegers zuständig sein. Der Einleger wird
114 dabei weiterhin Analysen und weitergehende Inhalte zum Thema der
115 Landesmitgliederversammlungen enthalten und Mitgliedern somit eine Möglichkeit
116 bieten, sich individuell damit zu beschäftigen, unabhängig davon, ob sie bei der
117 LMV anwesend sind oder nicht. Wir möchten aber auch weiterhin Kreisverbände dazu
118 ermutigen, die über:morgen und den Einleger gemeinsam für ihre Mitglieder zu
119 bestellen und dann Texte im Aktiventreffen oder Plenum zu lesen und darüber zu
120 diskutieren.

121 **Kampagnenarbeit**

122 Als GJ NRW sind wir kampagnenfähig und sehen auch im nächsten Jahr
123 Kampagnenarbeit als einen unserer Schwerpunkte an. Denn nächstes Jahr ist
124 Europawahl und wir wollen in NRW die Kampagne des Bundesverbandes auf die Straße
125 tragen. Klar ist, dass wir die EU nicht weiter abfeiern, denn statt einer
126 gerechten Politik für die Vielen macht die EU eine ungerechte Politik für wenige
127 . Deshalb werden wir mit der Kampagne für ein anderes Europa eintreten! Darüber
128 hinaus nutzen wir die Kampagnenzeit vor allem, um den Verband zu stärken und
129 neue Mitglieder zu gewinnen. Die Hauptzielgruppe werden dabei junge Menschen
130 unter 20 und migrantisierte Menschen sein. Beim nächsten Bundeskongress werden
131 10 Forderungen der Kampagne abgestimmt. Das Kampagnenteam auf Bundesebene
132 entwickelt Ziele der Kampagne und Aktionsformate. Umgesetzt wird die Kampagne
133 dann vor Ort: In den Kreisverbänden. Denn eine gute Kampagne klappt nur, wenn
134 sie lokal ankommt. Der Landesverband ist hier eine wichtige Zwischenebene. Als
135 Landesvorstand möchten wir die Kreisverbände methodisch und inhaltlich auf die
136 Kampagne vorbereiten und in der heißen Phase vor Ort unterstützen. Dazu werden
137 wir ein kleines Kampagnenteam auf Landesebene einsetzen, welches organisatorisch
138 bei der Umsetzung der Kampagne unterstützen wird. Darüber hinaus schaffen wir
139 wenn möglich eine zusätzliche Stelle.

140 Dabei wollen wir es im nächsten Jahr nicht belassen. Zum ersten Mal wollen wir
141 erproben, wie kleine Kampagnen vor Ort funktionieren können und wie der
142 Landesvorstand Kreisverbände dabei unterstützen kann. Dafür wollen wir
143 dezentrale Kampagnen in einigen Kreisverbänden unterstützen, welche die
144 Ressourcen und personellen Kapazitäten dafür haben.

145 **Verbandsarbeit**

146 **Landesmitgliederversammlungen**

147 Auch im nächsten Jahr planen wir insgesamt zwei Landesmitgliederversammlungen
148 (LMV), jeweils eine im Frühjahr und im Herbst. Zur Frühjahrs-LMV werden wir uns
149 intensiv mit dem Rechtsruck in Europa beschäftigen und dem mit unserer Kampagne
150 eine linke Erzählung entgegensetzen. Die Herbst-LMV werden wir dem Thema der
151 Organisierung vor Ort widmen: insbesondere mit Blick auf die nahenden Kommunal-
152 und Bundestagswahlen im Herbst 2025 rücken Zeiten an, die das Potenzial bergen,
153 enorm viele Menschen politisieren zu können. Dieses Potenzial wollen wir heben!
154 Beide Landesmitgliederversammlungen werden voraussichtlich als dreitägige
155 Veranstaltungen stattfinden, bei denen auch Vernetzung und Einbindung von
156 Neumitgliedern nicht zu kurz kommen wird. Zu beiden Versammlungen soll es wie in
157 den vergangenen Jahren wieder ein Vorprogramm geben.

158 **Kreisverbandsstrategie**

159 Die Kreisverbände sind das Herzstück der GRÜNEN JUGEND, und das sollen sie
160 weiterhin sein! Hier kommen neue Mitglieder an, hier werden Kampagnen auf die
161 Straße getragen und hier entwickelt sich unsere Wirkmacht im direkten Kontakt
162 mit den Menschen, die wir bei uns organisieren wollen. Wenn wir unsere Analysen
163 in die Breite tragen und die gegenwärtigen Ungerechtigkeiten ernsthaft angreifen
164 wollen, brauchen wir eine starke GRÜNE JUGEND vor Ort. Um dem gerecht zu werden,
165 werden wir unsere 2022 aufgesetzten Projekte im Bereich der
166 Kreisverbandsstrategie verstetigen und weiterentwickeln.

167 Bei den Kreisverbands-Landesverbands-Treffen werden wir uns auch im nächsten
168 Jahr inhaltlich sowie methodisch weiterbilden, über aktuelle Themen diskutieren,
169 uns vernetzen und den Austausch zwischen den Kreisverbänden ermöglichen. Im
170 nächsten Jahr sind zwei mehrtägige Treffen angedacht. Auch die Ämtervernetzung
171 für politische Geschäftsführungen,, Schatzmeister*innen sowie Sprecher*innen
172 werden wir fortsetzen.

173 Nicht überall ist es gleichermaßen gut möglich eine GRÜNE JUGEND zu gründen, wie
174 in den großen Uni-Städten. Deswegen werden wir beim Treffen für strukturschwache
175 Kreisverbände einen intensiveren Blick auf unsere kleineren Kreisverbände
176 werfen. Gemeinsam werden wir der Frage nachgehen, was Handlungsoptionen im
177 strukturschwachen Raum sind und wie man diese optimal nutzen kann.

178 Doch nicht über alle Fragen und Probleme, die uns in unserer politischen Arbeit
179 beschäftigen, lässt sich auf ein paar zentral organisierten Events ausreichend
180 sprechen. Deswegen wird der Landesvorstand im nächsten Jahr verstärkt die
181 Kreisverbände aus dem Landesverband heraus betreuen und als Ansprechpartner zur
182 Verfügung stehen, zum Beispiel bei der Planung und Durchführung von (Auftakt-
183)Klausuren in den Kreisvorständen.

184 **Finanzen**

185 All diese Projekte sind nur mit einer soliden Finanzierung möglich. Deshalb
186 werden wir im Rahmen des Haushaltes auch finanziell das nächste Jahr gut planen.
187 Die steigenden Kosten vor allem bei den Jugendherbergen können wir aufgrund
188 unserer letzten Einnahmensteigerung noch gut tragen. Außerdem ist es uns weiter
189 möglich, dem geschäftsführenden Vorstand ein Gehalt auszuzahlen, was den Verband
190 professionalisiert und mehr Leuten eine Kandidatur ermöglicht. Unser neues
191 Bildungsangebot im Winter und ein mögliches Regionalforum in Nordrhein-Westfalen
192 sind ebenfalls ausreichend finanziert.

193 **Verbandsöffnung**

194 **FINTA*-Förderung**

195 Im letzten Jahr stand im Bereich der Förderung von Frauen, Inter, Non-Binary,
196 Trans und Agender vor allem die Umsetzung der Geschlechterstrategie in den
197 Kreisverbänden im Vordergrund. Hier wollen wir im nächsten Jahr anknüpfen und im
198 Rahmen der Kreisverbandsstrategie Kreisvorstände weiter ausbilden, um eine gute
199 FINTA*-Förderung vor Ort zu ermöglichen. Eine wichtige Unterstützung kann
200 hierbei auch das vom Bundesverband erarbeitete Handbuch Geschlechterstrategie
201 sein. Wir wollen die Kreisverbände dabei unterstützen, Formate und Ideen aus dem
202 Handbuch vor Ort umzusetzen. Es ist uns dabei wichtig, dass für die Umsetzung
203 der Geschlechterstrategie nicht nur FINTA* zuständig sind. Darüber hinaus werden
204 wir aber auch weiterhin Vernetzungsangebote für FINTA* auf Landesebene anbieten.
205 Ein Highlight des kommenden Jahres wird ein Fördertag für FINTA* mit einem
206 theoretischen Schwerpunkt sein.

207 **Antirassismus**

208 Die Umsetzung der antirassistischen Verbandsstrategie hat in diesem Jahr auf
209 Landesebene begonnen. Zur Unterstützung des Landesvorstands hat ein
210 Antirassismusteam für Nordrhein-Westfalen seit Beginn des Jahres seine Arbeit
211 aufgenommen. Im Gegensatz zu den Jahren davor, haben wir die Vernetzungsangebote
212 für migrantisierte Mitglieder im vergangenen Jahr auf die
213 Landesmitgliederversammlungen geholt und wollen diese im kommenden Jahr
214 weiterhin in Präsenz stattfinden lassen. Als Landesverband haben wir im
215 vergangenen Jahr zum ersten Mal einen dezentralen antirassistischen Aktionstag
216 erprobt und durchgeführt. Im kommenden Jahr wollen wir aktuelle Themen
217 identifizieren, zu denen ein analoges Angebot wieder möglich sein wird. Mit dem
218 ersten Fördertag für migrantisierte Menschen haben wir ein festes Förderangebot
219 im Verbandskalender gestartet - im nächsten Jahr wird dieses Förderangebot
220 verstetigt. Antirassistische Grundlagenbildung ist vor allem für unsere nicht-
221 migrantisierten Mitglieder weiterhin relevant. Wir wollen im kommenden Jahr
222 vermehrt in den Kreisverbänden mit dem Grundlagenworkshop Antirassismus aktiv
223 sein und gezielt auf Kreisverbände zugehen, um sie konkret bei ihren
224 Herausforderungen vor Ort zu beraten.

225 **Inklusion**

226 Im nächsten Jahr wollen wir weiter daran arbeiten, Hürden für Menschen mit
227 Behinderung und chronischen Erkrankungen im Verband abzubauen. Dazu wollen wir
228 die Option, sich für hybride Workshops bei Landesmitgliederversammlungen
229 anzumelden, beibehalten. Auch die Feedbackrunde für Menschen mit Behinderung

230 nach der LMV möchten wir beibehalten, um diese weiterhin so barrierearm wie
231 möglich zu gestalten.

232 Zudem wollen wir weiterhin über die Monatsmail nach Personen suchen, die
233 ehrenamtlich wichtige Texte der GJ NRW in leichte Sprache oder Fremdsprachen
234 übersetzen möchten. Bei unseren Social-Media-Posts wollen wir weiterhin eine
235 Bildbeschreibung zur Verfügung stellen. Auch wollen wir den Themenbereich
236 Inklusion weiterhin bei der Ausgestaltung unseres Bildungsangebotes
237 berücksichtigen. Die NRW-Trainer*innen wurden ganz konkret geschult, um ihre
238 Angebote auf heterogene Workshopgruppen anpassen und auch bei ihrer sonstigen
239 Arbeit im Verband auf Inklusionsaspekte achten zu können. Klar ist: Eine
240 inklusive Lernatmosphäre und ein Verband, in dem allen die größtmögliche
241 Teilhabe ermöglicht wird, gehen uns alle an! Indem wir hier an einem Strang
242 ziehen, können wir im Rahmen unserer personellen und finanziellen Kapazitäten
243 weitere wichtige Schritte gehen.

244 **Öffentlichkeitsarbeit**

245 **Pressearbeit**

246 Als GRÜNE JUGEND NRW sind wir stark in der Öffentlichkeit vertreten und haben
247 unsere Pressearbeit professionell aufgestellt und verstetigt. Darauf wollen wir
248 im kommenden Jahr aufbauen. Wir wollen weiter die aktuelle politische Lage
249 kommentieren und eigene Themen setzen und so in den öffentlichen Diskurs
250 reinwirken.

251 Unsere Pressearbeit wollen wir nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Ortsebene
252 weiterführen. Dafür wollen wir auch im nächsten Jahr Austausch und Fortbildungen
253 zu Pressearbeit anbieten und den Austausch zwischen Landes- und
254 Kreisverbandssprecher*innen weiterführen, um unsere Positionen auch in der
255 Breite des Verbands in die Gesellschaft tragen zu können.

256 **Social Media**

257 Mit einem gewachsenen Social Media Team haben wir im vergangenen Jahr unsere
258 Öffentlichkeitsarbeit in Sozialen Netzwerken weiter professionalisieren können.
259 So konnten wir im vergangenen Jahr auch im Bereich Bildbearbeitung die
260 Teammitglieder schulen und weiterbilden.

261 Unsere Kanäle auf Instagram und TikTok wachsen. Und mit einem geschulten und
262 größeren Team schaffen wir es immer besser, unterschiedliche Formate und

263 Postings anzubieten. Im kommenden Jahr wollen wir dies weiterführen, gerade im
264 Bezug auf die Themen Bildungsarbeit über soziale Netzwerke und die Frage der
265 Mitgliederwerbung. Gerade im Bereich von Reels und Kurzvideos sehen wir
266 Potential für eine Vergrößerung unserer Sichtbarkeit in sozialen Netzwerken.

267 Im kommenden Jahr wollen wir besonders darauf schauen, wie wir noch besser auf
268 tagespolitisch relevante Themen reagieren und eigene Themen und Akzente setzen
269 können. So kommen wir stärker aus dem reinen Reagieren und raus in die
270 Offensive!

271 **Bündnis- & Parteiarbeit**

272 Die Klimakrise spitzt sich weiter zu, die Mieten explodieren, Menschen haben
273 immer weniger Geld in der Tasche: Gerade in der jetzigen Zeit mit ihren
274 Ungerechtigkeiten brauchen wir eine starke gesellschaftliche Linke, die das
275 Leben der Menschen konkret verbessern kann.

276 In der Vergangenheit waren wir deshalb bereits stark in Bündnissen aktiv, die
277 landesweit wie lokal verankert sind, die viele Menschen repolitisieren und sie
278 anhand gemeinsamer Interessen mobilisieren können. Auch im nächsten Jahr wollen
279 wir auf den Straßen Nordrhein-Westfalens mit unseren Partner*innen und neuen,
280 jungen Menschen gemeinsam die starke Linke aufbauen.

281 Die soziale Krise ist für uns alle auch am eigenen Konto spürbar, im ganzen Land
282 steigen Armut und Ungerechtigkeiten. Für uns als linken Jugendverband sind
283 soziale Fragen und Arbeitskämpfe ein zentrales Feld der politischen
284 Auseinandersetzung. Wir wollen in den kommenden Monaten gemeinsam mit unseren
285 Verbündeten – den Gewerkschaften, Sozialverbänden und vielen
286 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen – den sozialen Protest im Sinne der Vielen
287 auf die Straße tragen.

288 Diesen Herbst wollen wir etwa die Arbeitskämpfe der studentischen Beschäftigten
289 begleiten und sagen lautstark: TVStud jetzt!

290 In den letzten Jahren haben die vielen Akteur*innen der
291 Klimagerechtigkeitsbewegung immer wieder unter Beweis gestellt, wie eine
292 erfolgreiche Massenmobilisierung aussehen kann. Gerade angesichts einer sich
293 immer weiter zuspitzenden Klimakrise wollen wir auch nach der Räumung von
294 Lützerath daran anknüpfen. Gleichzeitig wissen wir, dass Klimaschutz nicht auf
295 dem Rücken der Beschäftigten passieren darf.

296 Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen aus der Klimabewegung wollen wir

297 deswegen endlich für eine Klimapolitik streiten, die der Radikalität der
298 Klimakrise gerecht wird und die soziale Frage dabei nicht aus dem Blick
299 verliert.

300 Deshalb wollen wir gemeinsam mit Fridays for Future und den Beschäftigten von
301 Bus und Bahn im Rahmen #WirFahrenZusammen für die Verkehrswende und mehr Lohn
302 für die Beschäftigten streiten.

303 Darüber hinaus wollen wir die Bündnisarbeit ernst nehmen, viele Kämpfe liegen im
304 nächsten Jahr und in den kommenden Jahren vor uns. Deswegen wollen wir auch
305 weiterhin in einen regelmäßigen Austausch mit Bündnispartner*innen, um sowohl
306 spontan als auch langfristig gemeinsam agieren zu können. Bündnisse haben auch
307 lokal eine große Bedeutung, gerade in einem Flächenland wie NRW. Um
308 Kreisverbände in der Bündnisarbeit zu unterstützen, wollen wir weiterhin bei
309 Fragen ansprechbar sein und Kreisverbände weiter befähigen, als starker
310 Bündnispartner aufzutreten.

311 Für uns als GRÜNE JUGEND NRW hat sich auch im vergangenen Jahr gezeigt:
312 Parlamentspolitik wird uns nicht retten. Die Ampel und schwarz-grün in NRW machen
313 nicht die Politik, die angesichts der gesellschaftlichen Notwendigkeiten
314 unabdingbar wäre. Deswegen haben wir uns in NRW aber auch im gesamten
315 Bundesverband als eigenständiger, schlagkräftiger Verband aufgestellt. Für uns
316 ist klar: Es braucht den gesellschaftlichen Druck von der Straße und in den
317 Betrieben, um Veränderung zu erkämpfen. Doch auch wir wissen: Es ist nicht
318 völlig egal, wer im Parlament sitzt. Gerade junge und linke Abgeordnete sind für
319 uns strategische Partner*innen in unserem Kampf für eine gerechte Gesellschaft,
320 deswegen ist es auch weiterhin wichtig, im Austausch zu sein. Im nächsten Jahr
321 wollen wir an diese Arbeit anknüpfen, zu oft werden Kreisverbände der GRÜNEN
322 JUGEND von ihren Grünen Kreisverbänden nicht ernst genommen oder nur zum Plakate
323 aufhängen eingespannt. Dabei ist für uns klar: Die Kreisverbände sind das
324 Herzstück der GJ und sind als schlagkräftiger, eigenständiger Akteur vor Ort
325 unverzichtbar. Im kommenden Jahr wollen wir Kreisverbände noch weiter darin
326 unterstützen.

327 Für uns bleibt klar: Als GRÜNE JUGEND NRW sind wir ein Teil der linken
328 Zivilgesellschaft. Wir kämpfen für die Interessen der Vielen und organisieren
329 uns als Teil der arbeitenden Klasse Seite an Seite mit Bündnispartner*innen für
330 eine gerechte Gesellschaft.

Begründung

erfolgt mündlich

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 31.10.2023)

Titel: Kreisverbände der GRÜNEN JUGEND NRW

Antragstext

1 Auf dem Bundeskongress 2022 und der Frühjahrs-Landesmitgliederversammlung 2023
2 haben wir die Kreisverbandsreform beschlossen und so unsere Strukturen als GRÜNE
3 JUGEND professionalisiert. Da wir nun keine Basisgruppen, sondern Kreisverbände
4 haben, müssen wir als GRÜNE JUGEND NRW unsere Kreisverbände erstmalig
5 anerkennen. 28 Kreisverbände haben bis zum 31.10. fristgerecht ihre Unterlagen
6 zur Anerkennung bei der GRÜNEN JUGEND NRW eingereicht. Kreise und kreisfreie
7 Städte, in denen sich kein Kreisverband der GRÜNEN JUGEND NRW anerkennen lassen
8 konnte, werden anderen Kreisverbänden zugeordnet. Die Anerkennung als
9 Kreisverband kann auf jeder folgenden Landesmitgliederversammlung nachgeholt
10 werden. In diesem Fall wird der Gebietszuschnitt angepasst. Mit der folgenden
11 Aufzählung erkennen wir die entsprechenden Kreisverbände gesammelt an und
12 beschließen ihren Gebietszuschnitt.

13 Name (angehörige Kreise und kreisfreien Städte)
14 GRÜNE JUGEND Aachen (Städteregion Aachen, Kreis Düren)
15 GRÜNE JUGEND Bielefeld (Bielefeld, Kreis Lippe)
16 GRÜNE JUGEND Bochum (Bochum, Gelsenkirchen, Herne, Ennepe-Ruhr-Kreis)
17 GRÜNE JUGEND Bonn (Bonn)
18 GRÜNE JUGEND Coesfeld (Kreis Coesfeld, Kreis Borken)
19 GRÜNE JUGEND Dortmund (Dortmund, Kreis Recklinghausen, Hagen, Hamm, Kreis Unna,
20 Märkischer Kreis)
21 GRÜNE JUGEND Duisburg (Duisburg, Krefeld)
22 GRÜNE JUGEND Düsseldorf (Düsseldorf)
23 GRÜNE JUGEND Essen (Essen, Bottrop)
24 GRÜNE JUGEND Euskirchen (Kreis Euskirchen)
25 GRÜNE JUGEND Gütersloh (Kreis Gütersloh)
26 GRÜNE JUGEND Herford (Kreis Herford)

27 GRÜNE JUGEND Höxter (Kreis Höxter)
28 GRÜNE JUGEND Kleve (Kreis Kleve)
29 GRÜNE JUGEND Köln (Köln)
30 GRÜNE JUGEND Leverkusen (Leverkusen)
31 GRÜNE JUGEND Mettmann (Kreis Mettmann)
32 GRÜNE JUGEND Minden-Lübbecke (Kreis Minden-Lübbecke)
33 GRÜNE JUGEND Mönchengladbach (Mönchengladbach, Kreis Heinsberg, Rhein-Kreis
34 Neuss)
35 GRÜNE JUGEND Mülheim an der Ruhr (Mülheim an der Ruhr, Oberhausen)
36 GRÜNE JUGEND Münster (Münster, Kreis Steinfurt, Kreis Warendorf)
37 GRÜNE JUGEND Paderborn (Kreis Paderborn, Hochsauerlandkreis, Kreis Olpe, Kreis
38 Siegen-Wittgenstein, Kreis Soest)
39 GRÜNE JUGEND Rhein-Erft-Kreis (Rhein-Erft-Kreis)
40 GRÜNE JUGEND Rhein-Sieg (Rhein-Sieg-Kreis)
41 GRÜNE JUGEND Rheinisch-Bergischer Kreis (Rheinisch-Bergischer Kreis,
42 Oberbergischer Kreis)
43 GRÜNE JUGEND Viersen (Kreis Viersen)
44 GRÜNE JUGEND Wesel (Kreis Wesel)
45 GRÜNE JUGEND Wuppertal (Wuppertal, Solingen, Remscheid)

Begründung

erfolgt mündlich

V1

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: GRÜNE JUGEND Köln (dort beschlossen am: 06.09.2023)

Titel: NRW Fährt Zusammen

Antragstext

1 Die Bahn kommt unpünktlich, der Bus fällt aus, die Anbindung im ländlichen Raum
2 ist eine Katastrophe. Unser öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist alt,
3 unterfinanziert und unzuverlässig. Wir sind alle angewiesen auf gute und
4 günstige Mobilität. Ob zur Schule, zur Arbeit oder vom Club nach Hause. Um aber
5 von A nach B zu kommen braucht es vor allem die Menschen, die den Bus oder die
6 Bahn fahren.

7 **Für bessere Arbeitsbedingungen**

8 Die Arbeitsbedingungen im ÖPNV sind schlecht: Die Arbeitszeiten sind lang und
9 die Pausen reichen kaum, um auf die Toilette zu gehen. Die Langzeit-
10 Krankmeldungen befinden sich auf dem Höchststand und als Folge werden Fahrpläne
11 reduziert und zusammengelegt statt ausgebaut. Die Verbesserung der
12 Arbeitsbedingungen und die Erhöhung der Löhne sind dringend notwendig, um mehr
13 Menschen für den Beruf zu begeistern und das Leben von Arbeiter*innen zu
14 verbessern!

15 Als Grüne Jugend NRW fordern wir gute Arbeitsbedingungen für alle und eine
16 sozial gerechte Verkehrswende. Denn wollen wir unsere Klimaziele noch erreichen,
17 braucht es eine echte Verkehrswende und zwar schnell.

18 **Deshalb unterstützen wir als GRÜNE JUGEND NRW die Kampagne #WirFahrenZusammen**
19 **von der Gewerkschaft ver.di und FridaysForFuture. Wir zeigen uns solidarisch mit**
20 **den Beschäftigten in ihrem Arbeitskampf für bessere Arbeitsbedingungen und**
21 **unterstützen die Forderungen nach einem neuen Tarifvertrag-Nahverkehr.**
22 **Arbeitskampf und Klimakampf gehören für uns untrennbar zusammen!**

23 Deshalb unterstützen wir die Forderungen der Beschäftigten für besseren
24 Arbeitsbedingungen:

- 25 • Verdopplung der jährlichen Investitionen in den ÖPNV
- 26 • Die Erfüllung der Tarifvertrag-Nahverkehr-Forderungen

27 **Verkehrswende jetzt!**

28 Die Klimakrise ist längst Realität und trotzdem ist die Verkehrspolitik
29 ausgerichtet auf das Auto. Uns ist klar, dass gerade im ländlichen Raum das Auto
30 unverzichtbar ist, das darf aber keine Entschuldigung für die Politik sein, um
31 den ÖPNV-Ausbau zu verschleppen. Die Infrastruktur ist marode, die Anbindung an
32 vielen Orten kaum gegeben. Besonders Personen mit geringem Einkommen besitzen
33 häufig kein Auto. Ein guter ÖPNV bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft. Um auch
34 nur in die Nähe des 1,5-Grad-Ziels zu kommen, muss die Verkehrswende jetzt
35 kommen! Dafür braucht es massive Investitionen für den Ausbau und für die
36 Modernisierung eines flächendeckenden ÖPNVs, den sich alle leisten können.

37 **Deswegen fordern wir wie auch die #WirFahrenZusammen Kampagne ein bundesweites**
38 **Investitionsprogramm von mind. 18 Mrd.€ pro Jahr bis 2030 und eine Verdoppelung**
39 **des ÖPNV.**

40 Als GRÜNE JUGEND NRW waren wir mit dutzenden Aktivist*innen beim Klimastreik und
41 haben die Mehrheitspetition unterstützt und tausende Unterschriften gesammelt.
42 In den nächsten Wochen und Monaten werden wir weiter auf der Straße und im
43 Betrieb die Kampagne unterstützen: Wir wollen in möglichst vielen Kreisverbänden
44 aktiv sein, Unterschriften sammeln, Forderungen in die Öffentlichkeit bringen,
45 Bündnisse schließen und Streiksolidarität zeigen.

46 Für uns gilt: #wirfahrenzusammen. Wir sind bereit, uns alle zusammen für diese
47 Forderungen stark zu machen. ÖPNV ist die Zukunft! Deshalb gilt: ÖPNV braucht
48 Zukunft!

Begründung

Mehr Informationen zu #WirFahrenZusammen gibt es [hier](#).

V2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 17.10.2023)

Titel: **Studentische Beschäftigte verdienen mehr:
TVStud jetzt!**

Antragstext

1 Die Situation der Beschäftigten in der Wissenschaft ist seit Jahren prekär.
2 Studierende unterstützen in Lehre, Forschung und Verwaltung an den
3 Universitäten. Egal ob sie Tutorien oder Seminare halten, Studierende betreuen,
4 Forschungsvorhaben durchführen oder Forschungsergebnisse veröffentlichen: Ohne
5 sie würde der Alltag in der Universität nicht funktionieren.

6 Doch trotzdem stehen studentische Beschäftigte in fast allen Bundesländern ohne
7 Tarifvertrag da. Eine Befragung der Gewerkschaften ver.di und GEW hat ergeben,
8 dass die Bezahlung in Orientierung an die Richtlinie des Tarifvertrags der
9 Länder erfolgt, aber meistens unabhängig von der Qualifikation nur knapp über
10 dem Mindestlohn ist. Zudem sind Kettenbefristungen ohne Planungssicherheit und
11 unbezahlte Überstunden der Normalfall an deutschen Universitäten und
12 Hochschulen.

13 Außerdem gibt es für die meisten Beschäftigten keinen Lohn im Krankheitsfall –
14 unglaublich eigentlich, denn normalerweise bekommen Arbeitnehmer*innen auch dann
15 weiter Gehalt, wenn sie erkrankt sind. Die Beschäftigungsverhältnisse für
16 studentische Beschäftigte sind prekär. Gerade in Zeiten von Inflation, wo das
17 Bafög nicht reicht und die Mieten steigen, wissen viele Studierende nicht, wie
18 sie über die Runden kommen sollen. Viele Studierende sind von Armut betroffen
19 oder bedroht, es ist ein Skandal, dass eine studentische Beschäftigung oftmals
20 nicht ausreicht, um ein Studium sorgenfrei zu ermöglichen.

21 **Hand in Hand in den Arbeitskampf!**

22 Für uns als Grüne Jugend NRW ist klar: Wir stehen solidarisch an der Seite aller
23 studentisch Beschäftigten und kämpfen mit ihnen für mehr Lohn, Sicherheit statt
24 Kettenbefristungen und gerechte Arbeitsbedingungen. Es braucht einen
25 Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, auch bei uns in Nordrhein-Westfalen.

26 Der TVStud in Berlin hat 1986 gezeigt: Ein erfolgreicher Abschluss braucht
27 Arbeiter*innen, die bereit sind für ihre Rechte zu streiken und eine
28 Öffentlichkeit, die die Forderungen solidarisch mitträgt und Druck auf die
29 Arbeitgeber ausübt.

30 Dazu vernetzen wir uns als Landesverband und als Kreisverbände mit lokalen
31 TVStud-Initiativen und Gewerkschaften und tragen die Forderungen des TVStud auf
32 die Straße! Gemeinsam für gerechte Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft,
33 Bildungsgerechtigkeit und eine ausreichende Finanzierung der Universitäten.

Begründung

erfolgt mündlich

V3

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 17.10.2023)

Titel: NRW spart sich kaputt

Antragstext

1 Sparen, sparen, sparen - so lässt sich der Haushaltsentwurf für 2024 wohl ganz
2 gut zusammenfassen. Die Gründe laut Finanzminister Optendrenk sind die massive
3 Inflation, steigende Zinsen und schwächere Steuereinnahmen. Der eigentliche
4 Grund ist jedoch, dass die NRW-CDU die Schuldenbremse um jeden Preis einhalten
5 möchte. In der Konsequenz muss in fast allen Ressorts im nächsten Jahr gekürzt
6 werden. Damit kommt auch die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten
7 Projekte ins Stocken - und das, obwohl selbst diese längst nicht reichen, um den
8 Herausforderungen unserer Zeit tatsächlich gerecht zu werden. Denn die Inflation
9 hat bereits dagewesene Probleme weiter verschlimmert, viele Menschen wissen
10 nicht, wie sie die Miete oder den Einkauf bezahlen sollen. Für uns als GRÜNE
11 JUGEND NRW steht fest: Sparen in der Krise ist der falsche Weg!

12 **156 Milliarden Investitionsstau in NRW - ein Skandal!**

13 Doch nicht erst seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine
14 ist die Finanzpolitik in NRW komplett fehlgesteuert. Eine neue Studie des DGB
15 NRW zeigt einen Investitionsstau von unglaublichen 156 Milliarden Euro in NRW.
16 Überall wird an der sozialen Infrastruktur gespart. Ob an maroden Schulen,
17 kaputten Brücken, unterfinanzierten Krankenhäusern oder an mangelndem
18 bezahlbarem Wohnraum, wir alle merken: NRW spart sich kaputt. Allein im letzten
19 Jahr ist die Zahl der Sozialwohnungen um ein Viertel geschrumpft, trotz
20 Wohnungskrise werden durch das Land kaum neue, bezahlbare Wohnungen gebaut oder
21 bereitgestellt.

22 Gleichzeitig müsste auch im Bereich der klimaneutralen Transformation in den
23 nächsten Jahren massiv investiert werden, damit NRW seine Klimaziele noch

24 einhalten kann und niemand ohne Job dasteht. Auch eine flächendeckende
25 Gesundheitsversorgung, gute Bildung und ausfinanzierte Kinderbetreuung in NRW
26 können so nicht umgesetzt werden. All das zeigt: Fehlende Investitionen bezahlen
27 die zukünftigen Generationen doppelt und dreifach. Das Argument, die
28 Schuldenbremse schütze künftige Generationen, ist schlichtweg falsch!

29 **Die Schuldenbremse muss weg!**

30 Die Hoffnung auf ein besseres Leben, auf soziale Absicherung für uns alle und
31 die tatsächliche Bekämpfung der Klimakrise schwindet mit jedem Sparhaushalt.
32 Zurecht ist die Zivilgesellschaft von der schwarz-grünen Koalition enttäuscht,
33 denn das Geld reicht vorne und hinten nicht. Ob Pflegeeinrichtungen, offener
34 Ganztage oder politischer Verband - alle sind unterfinanziert. Das ist nicht erst
35 seit gestern der Fall, denn die Prioritäten im Landeshaushalt sind fragwürdig,
36 statt "Heimat-Schecks" wäre das Geld wohl doch eher in der sozialen
37 Infrastruktur gut aufgehoben. Aber bei reiner Umverteilung im Haushalt kann es
38 nicht bleiben, es braucht vor allem eins: Mehr Geld. Das Märchen von einem
39 ausgeglichenen Haushalt ist brandgefährlich, denn mit jeder enttäuschten
40 Hoffnung wächst der Frust und stärkt rechte Narrative. Für uns ist klar: Die
41 Politik muss endlich handeln! Dafür muss das Land NRW seine aktuellen
42 Möglichkeiten ausnutzen und zum Beispiel über die Investitionsgesellschaften des
43 Landes oder die NRW.BANK in viel höherem Maß als bisher in die soziale
44 Infrastruktur investieren. Aber auch hier ist klar, es wird nicht ausreichen.
45 **Die Schuldenbremse hier in NRW und im Bund blockiert die notwendigen**
46 **Investitionen, als Relikt aus vergangener Zeit gehört sie abgeschafft!**

47 **Her mit dem Geld für unsere Zukunft!**

48 Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft fordern wir ein Umdenken in der
49 Finanzpolitik. Die Zeit läuft uns davon, die Herausforderungen werden mehr statt
50 weniger. Wenn unsere Zukunft kaputtgespart wird, wenn Menschen keine Wohnung
51 mehr finden und die Bahn nicht kommt, dann löst der Sparhaushalt keine Probleme,
52 er schafft sie. Investitionen schaffen Zukunft, gemeinsam als GRÜNE JUGEND NRW
53 sind wir bereit für sie zu kämpfen, denn wir lassen uns die Zukunft nicht
54 kaputtsparen!

Begründung

erfolgt mündlich

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: AK für Inklusion und gegen Ableismus (dort beschlossen am: 30.10.2023)

Titel: Ableistische Gewalt

Antragstext

1 Behinderte, chronisch kranke, psychisch kranke, neurodivergente und oder Taube
2 Menschen erleben deutlich mehr Gewalt als nicht-behinderte "gesunde"
3 neurotypische Menschen.

4 In diesem Antrag gehen wir auf verschiedene Formen von Gewalt ein. Wir sagen,
5 was sich ändern soll. Außerdem setzen wir Inhaltswarnungen (Content Notes, bzw.
6 CNs) in den Unterkapiteln. Für den ganzen Antrag gilt die CN: ableistische
7 Gewalt (Ableismus = Diskriminierung behinderter Menschen).

8 **Gewalt in (Totalen) Institutionen**

9 **CN:** Totale Institutionen

10 Viele behinderte Menschen gehen auf Förderschulen, leben in Wohnheimen oder
11 arbeiten in Werkstätten.

12 Diese abgeschotteten Räume werden oft als "Schon- und Schutzraum" dargestellt.
13 Das entspricht nicht der Realität.

14 Behinderte Menschen erleben viel Gewalt in den Einrichtungen.

15 Solange es diese Parallel-Welten gibt, brauchen wir Schutzkonzepte, um die
16 Schüler*innen, Bewohner*innen und Beschäftigten gut vor Gewalt zu schützen.
17 Außerdem muss Gewalt lückenlos aufgeklärt werden.

18 Werkstätten dürfen nicht mehr an Wohnheime gekoppelt sein.

19 So haben behinderte Menschen in Wohnheim-Werkstatt-Komplexen kaum Kontakt zur
20 Außenwelt.

21 Gleichzeitig müssen wir Alternativen aufbauen, um diese Parallel-Welten nach und
22 nach auflösen zu können.

23 Das heißt:

- 24 • Inklusive Schulen sollten auch wirklich inklusiv arbeiten. Es braucht
25 genügend Fachkräfte, um behinderten und nicht-behinderten Schüler*innen
26 gerecht zu werden.
- 27 • Wir brauchen viel mehr barrierefreien Wohnraum und passende Assistenz-
28 Leistungen, um Menschen nicht in Heime zu drängen. Außerdem müssen wir
29 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt angehen.
- 30 • Der so genannte 1. Arbeitsmarkt ist ableistisch, Jobs sind für behinderte
31 Menschen oft nicht zugänglich. So scheitert das ganze oft daran, dass
32 Büros baulich nicht barrierefrei sind, keinerlei DGS (Deutsche
33 Gebärdensprache) Kenntnisse bestehen, in Papierform kommuniziert wird (was
34 für sehbehinderte und blinde Menschen nicht zugänglich ist) und immer
35 volle Leistung erwartet wird.
- 36 • Auch wenn Unternehmen verpflichtet sind, mindestens 5% der Jobs an
37 Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung zu vergeben, drücken diese sich
38 oft davor und zahlen lieber die Strafe (Ausgleichszahlung).
- 39 • Heute können sich Unternehmen vor der Ausgleichszahlung drücken/rw, indem
40 sie Produkte, die in Behindertenwerkstätten hergestellt werden, kaufen.
41 Sie werden also dafür belohnt, dass sie Ausbeutung unterstützen.
42 Wir sagen ganz klar: Das muss sich ändern. Dieses Verrechnen mit der
43 Ausgleichszahlung muss abgeschafft werden.

44 **Psychiatrien**

45 **CN:** Psychiatrie, Zwangs-Maßnahmen, Erwähnung von Suizid-Gedanken

46 Psychiatrien können kurzfristig Leben retten, sie sorgen aber oft nicht für eine
47 tatsächliche Verbesserung der Lebensqualität.

48 Menschen werden oft traumatisiert durch Psychiatrie-Aufenthalte und eingesetzte
49 Zwangs-Maßnahmen.

50 Wir fordern:

51 Zwangs-Maßnahmen (Fixierung, Zwangs-Ernährung, Zwangs-Medikation...) müssen noch
52 stärker reguliert werden. Personalmangel darf nicht dazu führen, dass Menschen
53 festgebunden oder ruhig gestellt werden.

54 Heute wird keines Wegs immer die notwendige gerichtliche Genehmigung eingeholt.

55 Außerdem müssen wir **Alternativen** zu Psychiatrien aufbauen.

56 Menschen, die in psychischen Krisen sind, müssen Hilfe bekommen, ohne auf der
57 geschlossenen Station zu landen.

58 Sie müssen über Suizid-Gedanken und -Pläne, Selbst-Verletzung und anderes
59 stigmatisiertes Verhalten sprechen können, ohne direkt Sorge haben zu müssen,
60 eingewiesen zu werden.

61 Wir brauchen deutlich mehr Psychotherapie-Plätze (sowohl ambulant als auch in
62 den Kliniken) - es kann nicht sein, dass Menschen, die dringend Hilfe brauchen,
63 erst mal Monate warten müssen, bis sie ein Erstgespräch und wöchentliche
64 Therapie haben.

65 **Sexualbildung**

66 **CN:** Sexualisierte Gewalt (keine Details)

67 Wenn es um Prävention von sexualisierter und anderer Gewalt geht, geht es selten
68 um behinderte Menschen.

69 Dabei sind behinderte Menschen, ganz besonders FLINTA* und BIPOC, sehr stark von
70 (sexualisierter) Gewalt betroffen.

71 In Präventions-Konzepten müssen die Bedürfnisse behinderter, chronisch kranker,
72 psychisch kranker, Tauber und oder neurodivergenter Menschen berücksichtigt und
73 mitgedacht werden.

74 Behinderte Menschen haben oft keinen Zugang zu Sexualbildung und Angeboten zur
75 Selbstverteidigung.

76 Natürlich können Sexualbildung und Selbstverteidigung nicht vor sexualisierter
77 Gewalt schützen.

78 Gerade Sexualbildung ist dennoch wichtig für ein selbstbestimmtes Leben. So ist
79 es sehr relevant, dass klar gemacht wird, wie konsentuelle Beziehungen aussehen
80 und ab wann Verhalten übergriffig wird. Dabei soll Menschen Raum gegeben werden,
81 um sich darüber klar zu werden, was sie genau wollen und was nicht. Natürlich

82 kann sich das im Laufe der Zeit ändern. Dennoch sollten Menschen ermutigt
83 werden, in sich hinein zu spüren, um herauszufinden, ob und was sie sich in
84 Beziehungen und an sexuellem Kontakt wünschen und was eben nicht. Dabei ist es
85 wichtig, dass auch queere/LGBTQIANP+ Lebensrealitäten berücksichtigt werden.

86 Wir fordern, dass auch in Förderschulen Sexualbildung in regelmäßigen Abständen
87 thematisiert wird. Diese muss queere/LGBTQIANP+ Orientierungen, Identitäten und
88 Themen beinhalten. Auch allgemein brauchen wir mehr zugängliche Sexualbildung,
89 also zum Beispiel Sexualbildung in Leichter Sprache oder Deutscher
90 Gebärdensprache.

91 **Ableistische Gewalt auch als solche erfassen!**

92 Ableistische Gewalt taucht in den Statistiken nicht als ableistische Gewalt
93 auf/rw, sondern wird in anderen Kategorien aufgeführt (wenn sie überhaupt
94 erfasst wird).

95 Das wollen wir ändern!

96 Geschlechts-spezifische, ableistische, rassistische, klassistische und
97 queer/LGBTQIANP+feindliche Gewalt muss auch als solche erfasst werden (z.B. in
98 der Statistik des Bundeskriminalamtes).

99 Ableistische Gewalt soll als **Straf-schärfendes Merkmal ins Strafgesetzbuch**
100 aufgenommen werden.

101 Das wurde mit Geschlechts-spezifischer Gewalt schon gemacht.

102 Dadurch müssen sich Gerichte mit ableistischer Gewalt beschäftigen.

103 Es schafft Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit für Gewalt gegen behinderte Menschen.

104 **Polizeigewalt ist oft auch ableistisch!**

105 **CN:** Polizeigewalt, psychische / suizidale Krisen

106 Auch psychisch kranke und Substanz-konsumierende Menschen sind ganz besonders
107 häufig von Polizeigewalt betroffen.

108 Die Polizei wird oft gerufen, wenn Menschen konkret vorhaben, sich das Leben zu
109 nehmen. Gerade Menschen in psychischen Krisen und traumatisierte Menschen werden
110 durch Taser (Elektroschock-Pistolen) und Pfefferspray sehr stark getriggert. Die
111 Polizei setzt diese immer noch ein.

112 Wird die Polizei gerufen, weil Menschen in suizidalen Krisen sind, dann tötet

113 die Polizei mitunter die Menschen selber - vermeintlich aus Eigenschutz. So war
114 es zum Beispiel bei dem Schwarzen geflüchteten Jugendlichen Mouhamed Lamine
115 Dramé, der sich das Leben nehmen wollte.

116 Die Polizei ist definitiv nicht die richtige Ansprechstelle für psychisch kranke
117 Menschen und Menschen in psychischen Krisen. Auch für neurodivergente Menschen
118 kann Kontakt mit der Polizei gefährlich werden.

119 Autistische Menschen wiederholen teilweise bestimmte Bewegungen und Laute immer
120 wieder. Verstehen Polizist*innen dieses Verhalten nicht, interpretieren sie es
121 oft als Bedrohung.

122 Taube, nicht-verbale, neurodivergente Menschen und Menschen mit
123 Lernschwierigkeiten kommunizieren (oft) anders und reagieren nicht so, wie
124 erwartet wird, wenn sie in Schwerer Lautsprache angesprochen werden. Wenn sie
125 nicht auf das reagieren, was die Polizei sagt, nimmt diese es oft als Bedrohung
126 wahr.

127 Das große endgültige Ziel muss es sein, Polizei und Gefängnisse abzuschaffen.
128 Da es noch ein weiter Weg bis dahin ist, brauchen wir auch im aktuellen System
129 Verbesserungen.

130 So kann es ein erster Schritt sein, auch zivile und unabhängige Fachkräfte (zum
131 Beispiel Sozialarbeiter*innen) bei Polizei-Einsätzen dabei zu haben. Es braucht
132 viel mehr Einsatzkräfte, die in Einfacher Sprache, Leichter Sprache und
133 Deutscher Gebärdensprache kommunizieren können.

134 Zu Verbesserungen gehören auch verpflichtende Schulungen der Polizei zu Themen
135 wie Rassismus, Ableismus, Queer/LGBTQIANP+feindlichkeit, Klassismus & Co. Sie
136 müssen lernen, dass sie dicke, chronisch kranke und psychisch kranke Menschen
137 nicht auf dem Bauch fixieren dürfen. Sie müssen lernen, dass viele behinderte
138 und neurodivergente Menschen anders kommunizieren.

139 Außerdem müssen Taser verboten werden. Ihnen muss klar sein, dass auch
140 Pfefferspray zum Tod und bei psychisch kranken Menschen zu Panikattacken oder
141 aggressivem Verhalten führen kann.

142 Diese Schulungen müssen in regelmäßigen Abständen angeboten werden, die
143 Teilnahme sollte verpflichtend sein. Dabei ist es wichtig, dass die Polizei auch
144 unabhängige Expert*innen einbezieht und die Schulungsinhalte regelmäßig
145 überprüft und überarbeitet.

146 Gleichzeitig müssen wir anfangen, tatsächliche Alternativen zu Polizei und

147 Gefängnissen aufzubauen.

148 Wir müssen behinderte Menschen besser vor Gewalt schützen!

Begründung

Wir denken, dass sich der Antrag von alleine begründet - behinderte Menschen erleben mehr Gewalt und müssen besser vor Gewalt geschützt werden. In der Begründung findet Ihr vor allem Erklärungen.

Wir hatten leider keine Kapazitäten, eine Version in Einfacher Sprache zu schreiben.

Wir kennzeichnen Sarkasmus mit "/sarkasmus" und andere Dinge, die wir nicht wörtlich meinen, mit "/rw" (für Redewendung). Das hilft neurodivergenten Menschen beim Lesen.

Neurodivergente Menschen denken und fühlen anders und nehmen die Welt anders wahr als die gesellschaftliche Norm.

Es ist umstritten, welche Gruppen alle in das neurodivergente Spektrum fallen.

Wir nennen einige Beispiele:

- autistische Menschen
- Menschen mit ADHS
- Menschen mit Dyslexie ("Lese-Rechtschreib-Schwäche")
- Menschen mit Dyskalkulie ("Rechen-Schwäche")
- chronischen psychischen Erkrankungen
- Menschen mit Lernschwierigkeiten

Gewalt in Totalen Institutionen

Was sind Totale Institutionen?

Das Leben von Bewohner*innen und Insass*innen Totaler Institutionen findet (fast) nur in der Einrichtung statt. Das Leben ist von Kontrolle und Überwachung geprägt. Der Begriff stammt von Erving Goffman.

In Totalen Institutionen ist Gewalt wahrscheinlicher, die Verfolgung von Gewalt unwahrscheinlicher.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93972/9408bbd715ff80a08af55adf886aac16/gewal-terfahrungen-von-in-einrichtungen-lebenden-frauen-mit-behinderungen-data.pdf>

Leistungsdruck auf dem 1. Arbeitsmarkt abzubauen, nützt auch nicht-behinderten, "gesunden" und neurotypischen Menschen. Dieses Argument wird oft vorgebracht, um die Forderung zu stärken. Es ist ja schön, dass alle Menschen von einem Abbau des Leistungsdrucks profitieren würden. Aber wir brauchen

dieses Argument nicht. Behinderte Menschen haben das Recht darauf, auf dem 1. Arbeitsmarkt zu arbeiten, und dafür ist es mitunter wichtig, dass der Leistungsdruck weniger wird. Das ist ein Menschenrecht. Menschenrechte gelten nicht nur dann, wenn davon auch privilegierte Menschen profitieren.

Psychiatrien

Psychiatrien waren und sind Orte der Gewalt. Das heißt nicht, dass alle Menschen (nur) negative Erfahrungen in Psychiatrien machen. Psychiatrien halten Menschen oft davon ab, sich zu einem bestimmten Zeitpunkt das Leben zu nehmen. Sie schränkt selbstverletzendes Verhalten ein, sie zwingt magersüchtige Menschen, die sehr wenig wiegen, zuzunehmen.

Aber sehr viele Menschen kommen in einem psychisch schlechteren Zustand raus, als sie reingegangen sind.

Sie erleben Willkür, psychische und teilweise auch körperliche Gewalt. Es gibt zwar klare rechtliche Bestimmungen, wann Zwangsmaßnahmen wie Fixierungen eingesetzt werden dürfen. In der Praxis kommen sie deutlich häufiger als erlaubt zum Einsatz, und das oft ohne richterliche Genehmigung. Einer der Gründe: Personalmangel. Personalmangel und die reine Profitorientierung unseres Gesundheitssystems führen auch dazu, dass die meisten Menschen in der Psychiatrie maximal einmal die Woche Einzel-Psychotherapie haben. Ansonsten stehen Gruppentherapien und je nachdem, welche Diagnose eine Person hat / einer Person zugeschrieben wird, Bewegungs-, Ernährungstherapie und ähnliches auf dem Programm/rw. Neben der Gewalt, die Personen oft erleben, häufen sich die Symptome oft auch dadurch, dass sie sehr viel Zeit mit Menschen mit ähnlichen Problemen verbringen und sie Verhaltensweisen übernehmen.

Psychiatrie in kritischen Worten zusammengefasst:

- Gewalt und neue Traumata
- Mehr Verwahrung als Therapie
- eingebettet in ein Profit-orientiertes Gesundheitssystem, wodurch vor allem Fachkräfte fehlen
- Umfeld, in dem fast alle große psychische Probleme haben

Das führt dazu, dass Psychiatrien nicht der richtige Ort für verrückte / psychisch kranke Menschen sind.

Polizeigewalt

Es sind vor allem Schwarze, migrantische, migrantisierte Menschen und People of Color, die Gewalt durch Polizist*innen erleben und von ihnen getötet werden.

Es sind auch

- psychisch kranke Menschen und Menschen, die die Gesellschaft als psychisch krank wahrnimmt.
- Menschen, die verbotene Substanzen nehmen
- behinderte Menschen
- wohnungslose Menschen
- Sexarbeiter*innen

und weitere Gruppen wie arme und queere/LGBTQIANP+ Menschen, insbesondere trans*, inter*, nichtbinäre und agender Menschen, die deutlich öfter Polizeigewalt erfahren.

Dabei sind es vor allem psychisch kranke, Substanz-konsumierende und trans* Personen of Color, die durch Polizist*innen Gewalt erleben.

Etwa drei Viertel aller durch die Polizei Getöteten waren psychisch krank oder standen unter starken Drogeneinfluss (Feldes, Kriminologe).

Und dennoch wird der Faktor (zugeschriebene) psychische Erkrankung oft vergessen.

Quellen:

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/tod-durch-polizeikugeln-wenn-polizisten-schiessen-statt-helfen-1.1975656>

<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Ist-die-Polizei-im-Umgang-mit-psychisch-Kranken-ausreichend-vorbereitet.polizeigewalt296.html>

<https://justice4mouhamed.org/>

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/polizeigewalt-gerichte-beweise-justiz-glaubwuerdigkeit-interview-tobias-singelstein/https://kviapol.rub.de/>

Schwere Sprache ist das Gegenteil von Leichter Sprache.

Lautsprache ist das Gegenteil von Gebärdensprache.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Helena Jamal, Emelie Segler, Julian Pannen, Ole Schillmüller, Dario Meysing, Lars Bauerdick, Dana Vondey, Dominick Brandt, Daniel Knott, Rasmus Venghaus, Robin Gietz

Titel: **Basisdemokratie zurückgewinnen - Landesmitgliederversammlung stärken!**

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung (LMV) der Grünen Jugend NRW beschließt, dass die
2 Arbeit der Grünen Jugend NRW im kommenden Jahr die Stärkung der Verbandsbasis
3 und der LMV in den Fokus nimmt. **Die LMV beauftragt den Vorstand in seiner**
4 **Legislaturperiode Wege zu finden, umfangreich für alle Posten innerhalb der**
5 **Grünen Jugend NRW zu werben und für diese offene Angebote zur Befähigung zu**
6 **schaffen. Das gilt insbesondere auch für Posten im Vorstand der Grünen Jugend**
7 **NRW.** Die LMV beauftragt den Vorstand weiterhin, bis zur nächsten
8 Landesmitgliederversammlung [Frühjahr 2024] ein Konzept vorzustellen, wie in der
9 Grünen Jugend NRW in Zukunft wieder Wahlen mit mehr Kandidierenden als Plätzen
10 ermöglicht werden können, sodass die LMV eine tatsächliche Wahl bei der
11 Besetzung von Ämtern hat.

12 **Die LMV verpflichtet den Vorstand, zu diesem Antrag auf beiden**
13 **Landesmitgliederversammlungen in ihrer Legislatur [Mai 2024 und November 2024]**
14 **im Rahmen des Vorstandsberichts umfassend Bericht zu erstatten.**

Begründung

Hinter uns allen liegen bewegte Jahre. Wir schätzen die Arbeit des Landesvorstandes in dieser turbulenten Zeit explizit. Von der Ablehnung des schwarz-grünen Koalitionsvertrages bis Lützerath hat er unseren Verband getragen.

Allerdings ist bei dieser Arbeit auch einiges auf der Strecke geblieben. Wir wollen dies im langfristigen Trend sowie in kurzfristigen Gegebenheiten begründen:

Die Basisdemokratie unseres Verbandes hat seit langem ein Leck. Als Grüne Jugend rühmen wir uns damit, basisdemokratisch zu sein. Bei uns entscheiden die Mitglieder, was passiert. Gerade bei Personenwahlen sieht das oft anders aus. Vorstandsposten werden langfristig aufgebaut und auch wenn das grundsätzlich Sinn ergibt, bildet sich inzwischen ein System, in dem über ein Jahr im Voraus klar ist, wer auf Posten kandidieren wird. Dieses System ist so bestimmend, dass Gegenkandidaturen zur absoluten Seltenheit geworden sind. Dadurch entscheidet aber nicht die Landesmitgliederversammlung darüber, wer uns vertritt. Diese Entscheidungen werden notgedrungen in kleinen Gruppen und von Einzelpersonen getroffen. Das tut unserem Verband in seiner Breite nicht gut. Wir fordern deswegen ganz klar, dass ein System geschaffen wird, in dem allen Interessierten die Vorbereitung auf Ämter in der Grünen Jugend NRW offen steht und in der alle Mitglieder das Gefühl bekommen, dass ihre Kandidatur eine Bereicherung ist, anstatt dass sie eine Belastung für die Tagesordnung darstellen. Mit all diesen Problemen stehen wir nicht allein, als größter Landesverband der Grünen Jugend haben wir aber den Anspruch und die Verpflichtung, auch für die Grüne Jugend als Ganzes Vorbild zu sein.

Wir sehen in diesem Trend eine Gefahr für die Legitimität zukünftiger Landesmitgliederversammlungen und deswegen ein drastisches Handeln für unumgänglich. All das aufzufangen bedarf nach unserer Ansicht mehr als einen bundesweiten "Prozess zu Debattenorten". Die interne Legitimität unseres Verbandes sicherzustellen muss die wichtigste Aufgabe in der verbandsinternen Arbeit des Landesvorstandes im nächsten Jahr werden.

Deutschland befindet sich in einer tiefen Krise, die wir nur mit einem Verband bekämpfen können, der gut aufgestellt ist. Aktuell ist das nicht der Fall. Das muss sich ändern!

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: AK für Inklusion und gegen Ableismus (dort beschlossen am: 30.10.2023)

Titel: Psychotherapie für marginalisierte Gruppen

Antragstext

1 In Deutschland eine Psychotherapie zu machen, ist mit vielen Herausforderungen
2 verbunden.

3 So gibt es zu wenige Plätze, die Wartezeiten sind lang, es gibt wenig
4 Möglichkeiten, zu wechseln.

5 Besonders schwierig ist es für **marginalisierte Menschen**, eine Psychotherapie zu
6 machen.

7 Zu den Gruppen, deren Zugang zu Psychotherapie stark eingeschränkt ist, zählen:

8 • queere/LGBTQIANP+ Menschen, insbesondere für trans*, nichtbinäre, agender
9 und a*spec Personen

10 • behinderte und neurodivergente Menschen

11 • Systeme [**Systeme** = Mehrere Personen in einem Körper, auch als Pluralität
12 bekannt. Jede Person kann ihren eigenen Namen, Geschlecht, Sexualität,
13 Alter, Erinnerung usw. haben. Da jedes Gehirn einzigartig ist, ist jede
14 Art der Pluralität anders.]

15 • BI_PoC

16 • Menschen, die im ländlichen Raum wohnen

17 **Was es braucht:**

18 • **Barrierefreiheit**

19 Heute kommen viele gehbehinderte Menschen gar nicht in die psychotherapeutischen
20 Praxen rein, weil sie nur über Stufen und Treppen zu erreichen sind.

21 Außerdem ist es für Menschen mit Lernschwierigkeiten sehr schwer, eine Therapie
22 zu machen, weil kaum Therapeut*innen die Therapie in Leichter oder zumindest
23 Einfacher Sprache anbieten können.

24 • **Mehrsprachigkeit**

25 Es ist besonders hilfreich, eine Therapie in der Sprache machen zu können, in
26 der wir uns am besten ausdrücken können. In Deutschland haben viele Menschen,
27 die noch nicht so gut Deutsch sprechen, und gebärdensprachliche Taube Menschen
28 nicht diese Möglichkeit und müssen eine Therapie mitunter mit Dolmetscher*innen
29 machen.

30 Das ist für das therapeutische Setting nicht unbedingt förderlich, ist es doch
31 oft schon schwer genug, sich einer Person gegenüber zu öffnen/rw.

32 Es würde also sehr helfen, wenn es mehr mehrsprachige Therapeut*innen geben
33 würde, die auch in anderen Sprachen eine Therapie anbieten können.

34 • **Mehr queere/LGBTQIANP+, behinderte, BI_PoC Therapeut*innen**

35 Neben der reinen Zugänglichkeit brauchen wir auch mehr Therapeut*innen, die eine
36 bestimmte gesellschaftliche Lebensrealität teilen. Ohne ein Verständnis für
37 marginalisierte Lebensrealität ist es schwerer, marginalisierten Menschen
38 therapeutisch zu helfen.

39 Warum gibt es heute so wenige queere/LGBTQIANP+, behinderte, BI_PoC, arme...
40 Therapeut*innen?

41 Es ist super schwer, Psychotherapeut*in zu werden. Bis zur Umstellung des
42 Studienganges und der Ausbildung 2021 mussten angehende Therapeut*innen die
43 mindestens 3-jährige Ausbildung selber zahlen. Da kamen mitunter 30.000€ auf die

44 Menschen zu. Das schließt schon mal super viele Menschen aus. Bei der neuen
45 Ausbildung werden die Kosten übernommen, die Psychotherapeut*innen in Ausbildung
46 bekommen etwa 1000€ im Monat. Wir müssen uns klar machen, dass die
47 Psychotherapeut*innen in Ausbildung bereits ein Bachelor- und Master-Studium
48 hinter sich haben. Dafür sind 1000€ im Monat natürlich viel zu wenig.

49 Auch die Länge des Studiums plus die Länge der Ausbildung - zusammen nach
50 Regelstudienzeit 10 Jahre - schließen viele arme, chronisch kranke, behinderte
51 Menschen und Menschen, die Care-Arbeit leisten, aus.

52 Trotz des klaren Psychotherapeut*innenmangels gibt es nach wie vor zu wenige
53 Plätze in Studium und Ausbildung. Es gibt keine gute Übergangsregelung für
54 Menschen, die vor der Umstellung 2021 mit dem Studium begonnen haben. Sie müssen
55 meistens das Studium und die "alte Ausbildung" abschließen - und eben die
56 30.000€ aufbringen.

57 Der sehr hohe NC (etwa 1,0 bis 1,4) sortiert insbesondere marginalisierte
58 Menschen aus, da unser aktuelles Bildungssystem sehr ungerecht ist.

59 • **Update des Studiums und der Ausbildung**

60 Heute wird im Psychologie-Studium Diskriminierung reproduziert.

61 Bei den Lehr-Inhalten muss geprüft werden, welche Perspektive dargestellt (ist
62 es wieder eine privilegierte Perspektive?), inwiefern Diskriminierung
63 reproduziert und geschichtliche Unterdrückung nicht als solche benannt wird.

64 Außerdem soll im Studium und in der Ausbildung mehr Wissen zu

- 65 • Diskriminierungsformen (Ableismus, Rassismus, Klassismus,
66 Queerfeindlichkeit, Sexismus...)
- 67 • queeren/LGBTQIANP+ Orientierungen, Identitäten und Labeln
- 68 • Amatonormativität, Allonormativität, Cisnormativität, Heteronormativität
69 und weitere konstruierte Normativitäten, sowie deren Auswirkungen
- 70 • dem Cis-endo-hetero-allo-amato-allistischen-Patriarchat und dessen
71 Auswirkungen

- 72 • Vielfältigen Lebensmodellen und -wirklichkeiten
- 73 • Diskriminierung von psychisch kranken Menschen (Mentalismus)
- 74 • Communityausdrücke / weniger pathologisierende Sprache
- 75 • Intersektionalität
- 76 • Komorbiditäten
- 77 • dazu, dass auch Jugendliche und Kinder Erkrankungen haben können, die
- 78 typischerweise Älteren zugeschrieben werden

79 vermittelt werden.

80 Wer zur Therapie geht und dort Diskriminierung, fehlende Sensibilität und
81 Absprechen von Erfahrungen erlebt, kann im Zweifel in schlechterem Zustand aus
82 dieser wieder raus gehen. Das, obwohl Therapie eigentlich helfen soll. Ohne
83 entsprechendes Wissen, fehlt Therapeut*innen das Bewusstsein und die
84 Sensibilität für verschiedene Themen. Deshalb muss im Studium entsprechend mehr
85 Wissen vermittelt werden.

86 Es braucht Therapeut*innen, die beispielsweise um die romantische, sexuelle und
87 geschlechtliche Vielfalt wissen und Bewusstsein dahingehend mitbringen. Dazu
88 zählt beispielsweise Nichtbinär-Feindlichkeit, Ace-Feindlichkeit und Aro-
89 Feindlichkeit als solche erkennen zu können und nicht zu reproduzieren.

90 Viel zu oft werden gerade bi*, trans*, nichtbinäre, agender, a*spec und poly*
91 Personen in Therapiekontexten diskriminiert. Sie werden pathologisiert, ihnen
92 werden ihre Identitäten abgesprochen und es wird versucht sie zu heilen. Wer als
93 Therapeut*in Asexualität und Aromantik beispielsweise kennt, anerkennt und
94 respektiert, wird nicht unbewusst oder unabsichtlich die Gründe dafür suchen und
95 therapieren wollen, also quasi eine Konversionstherapie versuchen.

96 • **Neue Bedarfsplanung**

97 Die Krankenkassen müssen endlich mehr Zulassungen für ambulante
98 Psychotherapeut*innen beschließen.

99 Dafür muss die Bedarfsplanung erheblich und zeitnah überarbeitet werden.

100 • **Mehr Therapieplätze für TINA* Menschen und Menschen mit Transitionswunsch**

101 Wer in Deutschland transitionieren will, also geschlechtsbestätigende Maßnahmen
102 wünscht, muss zwangsweise zuvor in Psychotherapeutischer Behandlung sein. Das
103 Problem daran: es gibt viel zu wenig Therapeut*innen und Praxen, die darauf
104 spezialisiert sind und/oder bereit sind sich in das Thema einzulesen. Deshalb
105 müssen TINA* Menschen oft stundenlange Fahrten zu entsprechenden Therapeut*innen
106 auf sich nehmen, wenn sie überhaupt einen Platz bekommen. Denn die Wartelisten
107 sind oft auf ein oder mehr Jahre hinaus geschlossen. Dadurch wird das Leiden von
108 Menschen mit Transitionswunsch unnötig verlängert und auch die Transition
109 unnötig aufgeschoben. Deshalb braucht es dringend mehr Therapieplätze für TINA*
110 Menschen und Menschen mit Transitionswunsch.

111 • **Notfall-Plätze bei den Therapeut*innen**

112 Menschen müssen in akuten Krisen auch dann ambulant Hilfe bekommen, wenn sie
113 (noch) keinen festen Psychotherapie-Platz haben.

114 • **Bedarfsorientiert**

115 Die Rahmenbedingungen einer Psychotherapie müssen flexibler auf die Bedürfnisse
116 der Patient*innen angepasst werden können. So muss es möglich sein, mehrmals die
117 Woche zur Psychotherapie zu gehen.

118 Zudem muss Therapie, auch solche mit speziellem Fokus und/oder Spezialisierung,
119 für alle erreichbar sein. Gerade auf dem Land ist dies keineswegs gegeben. Daher
120 muss das Angebot an online Therapie(stunden) massiv aufgestockt und ausgebaut
121 werden. Für das Einlesen von Gesundheitskarten müssen praktikable Lösungen her,
122 damit Patient*inenn nicht jedes Quartal ihre Karte in Person einlesen lassen
123 müssen.

124 • **Sperre weg**

125 Heute werden Menschen nach einer gewissen Anzahl von genehmigten Psychotherapie-
126 Sitzungen für eine gewisse Anzahl von Monaten oder Jahren (meistens 6 Monate bis
127 2 Jahre) gesperrt. In dieser Zeit übernehmen die Krankenkassen keine Kosten für
128 eine Psychotherapie.

129 Das ist oft eine Katastrophe für die gesperrten Menschen, die so eine
130 unfreiwillige Therapiepause sehr destabilisieren kann.

131 • **Keine Therapiebeendigung gegen Patient*innenwillen**

132 Dass Therapien von Seiten der therapierenden Person als beendet erklärt werden,
133 obwohl Patient*innen weiter in Therapie bleiben möchte, ist Realität. Die einen
134 sind nicht "krank genug" und bekommen erst Therapie, wenn sich ihr Zustand
135 verschlechtert hat. Die anderen sind "zu krank" und Therapeut*innen sehen von
136 ihrer Seite kein Potenzial für Besserung. In beiden Fällen fallen Patient*innen
137 durch's Raster/rw. Sie werden vom System allein gelassen und das teilweise,
138 obwohl sie weiter Therapie haben möchten. Therapeut*innen müssen
139 Patient*innenwünsche und -bedürfnisse berücksichtigen. Therapien dürfen nicht
140 gegen Patient*innenwillen komplett beendet werden. Wer Therapie nach eigenem
141 Empfinden braucht, muss Therapie auch erhalten können. Wenn ein*e Therapeut*in
142 sich die Therapie nicht mehr vorstellen kann, dann sollen Patient*innen ohne
143 großen Aufwand und ohne Nachteile den*die Therapeut*in wechseln können.

144 • **Niedrigschwellige Meldemöglichkeiten von Diskriminierung**

145 Insbesondere für marginalisierte Menschen sind Therapieplatzsuche und
146 Psychotherapie häufig mit Diskriminierung verbunden. Manche brechen die Suche /
147 Therapie deshalb ab. Manche müssen sich dem immer wieder aussetzen, weil sie die
148 Therapie dringend brauchen oder machen müssen. Nicht selten schaden und
149 destabilisieren Therapiestunden mehr als dass sie helfen.

150 Wer Diskriminierung durch Therapeut*innen melden will, muss zunächst
151 herausfinden wo und wie das geht. Das baut unnötige Hürden auf, die davon
152 abhalten Diskriminierung zu melden. Dadurch bleibt die Gefahr, dass das anderen
153 auch zustößt. Das muss geändert werden. Es braucht niedrigschwellige
154 barrierefreie Meldemöglichkeiten.

155 • **Community Care** (v.a. statt Psychiatrie)

156 Psychotherapie bringt nicht allen etwas. Vor allem haben nicht alle Zugang zu
157 Psychotherapie.

158 Und so kommt es oft dazu, dass Menschen in Psychiatrien eingewiesen werden, weil
159 sie keine Hilfe bekommen haben - nur hilft ein Psychiatrie-Aufenthalt auch nicht
160 unbedingt weiter.

161 Wir brauchen mehr Community Care, also gemeinschaftliches Aufeinander-Achten und
162 Füreinander-Da-Sein.

163 Unter Community Care fallen viele Angebote, die wir heute Peer-Angebote nennen
164 (nach dem Motto "Behinderte helfen Behinderten" usw).

165 Städte und Gemeinden sollen hierfür barrierefreie Räumlichkeiten kostenfrei zur
166 Verfügung stellen und auf Community Care Angebote aufmerksam machen.

167 Menschen sollen darüber informiert werden, dass es Alternativen zu
168 Psychotherapie und Psychiatrie-Aufenthalten gibt. Im Endeffekt geht es darum,
169 dass jede Person Zugang zu den Therapie- und Care-Angeboten hat, die ihr helfen.

170 **Glossar**

171 Diese Erklärungen und Definitionen wurden zum Zeitpunkt der Antragstellung nach
172 bestem Wissen und Gewissen zusammengetragen. Sie erheben keinen Anspruch auf
173 zeitlich unbegrenzte Gültigkeit oder akkurat sein.

174 Wir kennzeichnen Sarkasmus mit "/sarkasmus" und andere Dinge, die wir nicht
175 wörtlich meinen, mit "/rw" (für Redewendung). Das hilft neurodivergenten
176 Menschen beim Lesen.

177 **Bedarfsplanung** = Die Bedarfsplanung legt fest, wie viele Ärzt*innen und
178 Psychotherapeut*innen sich wo in Deutschland niederlassen dürfen. Diese soll
179 sich eigentlich an den Bedarfen der gesetzlich Versicherten orientieren. Das
180 letzte Update der Bedarfsplanung gab es 2019:

181 https://www.kbv.de/media/sp/Instrumente_Bedarfsplanung_Broschuere.pdf

182 **Ambulant** = das Gegenteil von stationär, Menschen sind nicht über Nacht in der
183 Einrichtung oder Klinik.

184 **Marginalisiert** = Marginalisierung bedeutet „an den Rand drängen“ und bezieht
185 sich sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinn auf soziale Prozesse,
186 bei denen benachteiligte Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

187 **Intersektionalität** = Intersektionalität beschreibt die Verschränkung
188 (Intersektion) von Diskriminierungsformen. Um die Lebensrealität von Menschen,
189 die von mehr als einer Diskriminierungsform betroffen sind, darzustellen, können
190 die einzelnen Diskriminierungsformen nicht einfach getrennt oder addiert werden.
191 So entstehen durch die Verschränkung eigene Formen der Diskriminierung.

192 **Ableismus** = Diskriminierung von behinderten, chronisch kranken, psychisch
193 kranken, neurodivergenten und oder Tauben Menschen

194 *Behinderte Identitäten*

195 **Neurodivergente** Menschen denken und fühlen anders und nehmen die Welt anders
196 wahr als die gesellschaftliche Norm.

197 Es ist umstritten, welche Gruppen alle in das neurodivergente Spektrum fallen.

198 Wir nennen einige Beispiele:

- 199 • autistische Menschen
- 200 • Menschen mit ADHS
- 201 • Menschen mit Dyslexie ("Lese-Rechtschreib-Schwäche")
- 202 • Menschen mit Dyskalkulie ("Rechen-Schwäche")
- 203 • chronischen psychischen Erkrankungen
- 204 • Menschen mit Lernschwierigkeiten

205 **Komorbidität** = Wenn ein Mensch gleichzeitig mehrere Erkrankungen hat, die sich
206 natürlich auch überlagern und miteinander verwoben sein können.

207 **Leichte Sprache - Einfache Sprache**

208 Leichte Sprache ist eine Form des Deutschen mit klaren Regeln.

209 Bei Einfacher Sprache orientieren wir uns dagegen an Richtlinien, um etwas so
210 einfach und so gut verständlich wie möglich auszudrücken

211 **Gebärdensprache** = Gebärdensprache ist nicht universell. Viele Länder haben ihre
212 eigene Gebärdensprache, in Deutschland wäre das Deutsche Gebärdensprache, kurz
213 DGS.

214 **BI_PoC** = Black (Schwarz), Indigen, People of Color, also Menschen, die von

215 Rassismus betroffen sind

216 *Queere Identitäten*

217 **LGBTQIANP+**

218 • L = lesbisch

219 • G = gay (schwul), genderfluid, genderqueer

220 • B = bi* (bisexuell, biromantisch, bigender und weitere)

221 • T = trans*, Two-Spirit

222 • Q = queer, questioning

223 • I = inter*

224 • A = a*spec (asexuell, aromantisch, aplatonsch, asensuell, anästhetisch,
225 agender und weitere)

226 • N = nicht-binär

227 • P = pan* (pansexuell, panromantisch, pangender und weitere), poly*
228 (polyamor, polysexuell, polyromantisch und weitere)

229 **TINA*** = trans*, inter*, nicht-binär und agender

230 **Poly***= poly* bedeutet "mehrere". Darunter fallen in LGBTQIANP+ Kontexten
231 Menschen, die zu mehreren, aber nicht notwendigerweise allen Geschlechtern
232 sexuelle oder romantische Anziehung verspüren (polysexuell bzw. polyromantisch),
233 und Menschen, die gleichzeitig Beziehungen zu mehr als einer Person haben
234 (möchten) oder sich das vorstellen können (polyamorös).

235 **a*spec** = Überbegriff für das Asexuelle, Aromantische, Aplatonsche, Asensuelle,
236 Anästhetische, Agender und weitere A*-Spektren

237 **Asexualität** = Eine sexuelle Orientierung, die ein von der Norm abweichendes
238 Erleben von Sexualität und / oder sexuellen Beziehungen beschreibt. Dazu zählen

239 zum Beispiel die (gänzliche/zeitweise/nahezu komplette/...) Abwesenheit
240 sexueller Anziehung und der fehlende oder kaum vorhandene Wunsch nach sexuellen
241 Beziehungen und sexuell konnotierten Handlungen. Asexualität bedeutet nicht,
242 dass eine Person keinen Sex oder sexuelle Beziehungen haben kann.

243 **Aromantik** = Eine romantische Orientierung, die ein von der Norm abweichendes
244 Erleben von Romantik und / oder romantischen Beziehungen beschreibt. Dazu zählen
245 zum Beispiel die (gänzliche/zeitweise/nahezu komplette/...) Abwesenheit
246 romantischer Anziehung und der fehlende oder kaum vorhandene Wunsch nach
247 romantischen Beziehungen und romantisch konnotierten Handlungen. Aromantik
248 bedeutet nicht, dass eine Person keine romantische Beziehung haben kann oder
249 romantische Gesten nicht mag.

250 **Aplatonisch** = Eine platonische Orientierung, die ein von der Norm abweichendes
251 Erleben von Platonik und / oder platonischer Anziehung beschreibt. Dazu zählen
252 zum Beispiel die (gänzliche/zeitweise/nahezu komplette/...) Abwesenheit
253 platonischer Anziehung oder das Konzept platonischer Liebe nicht zu verstehen.
254 Aplatonik bedeutet nicht, dass eine Person keine Freund*innenschaften hat oder
255 möchte, auch wenn solche ebenfalls aplatonisch sein können.

256 **Asensuell** = Eine sensuelle Orientierung, die ein von der Norm abweichendes
257 Erleben von Sensualität und / oder sensueller Anziehung beschreibt. Dazu zählen
258 zum Beispiel die (gänzliche/zeitweise/nahezu komplette/...) Abwesenheit
259 sensueller Anziehung oder der fehlende oder kaum vorhandene Wunsch nach
260 sensuellem Kontakt.

261 Unter sensuellen Kontakt kann zum Beispiel Händchen halten, kuscheln, umarmen
262 und anderweitige körperliche Nähe fallen.

263 **Anästhetisch** = Eine ästhetische Orientierung, die ein von der Norm abweichendes
264 Erleben von Ästhetik und / oder ästhetischer Anziehung beschreibt. Dazu zählen
265 zum Beispiel die (gänzliche/zeitweise/nahezu komplette/...) Abwesenheit
266 ästhetischer Anziehung. Ästhetische Anziehung kann zum Beispiel bedeuten, eine
267 bestimmte Person (längere Zeit/immer wieder/...) anschauen zu wollen.

268 **Nichtbinär und agender** = (Nicht-)Geschlechtliche Identitäten, für Menschen, auf
269 die die Bezeichnung „Frau“ bzw. „Mädchen“ oder „Mann“ bzw. „Junge“ nicht, nicht
270 ausreichend oder nicht dauerhaft zutrifft oder die eine Einordnung grundsätzlich
271 ablehnen. Viele, aber nicht alle, nichtbinären bzw. agender Menschen sind trans*
272 oder inter* oder beides.

273 **Warum nennen wir a*spec Personen extra?**

274 Asexualität und Aromantik werden in der Psychotherapie mitunter zu "Symptomen"
275 psychischer Erkrankungen erklärt und damit als krankhaft oder heilbedürftig
276 dargestellt. Zudem bezeichnet a*spec das gesamte Spektrum von A*-Identitäten,
277 von dem Asexualität und Aromantik ein Teil sind.

278 **Ace-Feindlichkeit** = Feindlichkeit und Diskriminierung gegenüber asexuellen
279 Menschen / Menschen auf dem asexuellen Spektrum

280 **Aro-Feindlichkeit**= Feindlichkeit und Diskriminierung gegenüber aromantischen
281 Menschen / Menschen auf dem aromantischen Spektrum

282 **Pathologisierung** = etwas als Krankheit oder krankhaft darstellen

283 **Konversionstherapie**= "Therapien", die das Ziel verfolgen, Menschen von
284 angeborenen Eigenschaften zu "heilen" oder diese zu überwinden, betroffen sind
285 viele queere/LGBTQIANP+ Menschen und neurodivergente Menschen

286 **Amatonormativität** = Der Begriff der Amatonormativität geht auf Elizabeth Brake
287 zurück und beschreibt die Überzeugung, dass romantische Beziehungen
288 grundsätzlich wichtiger/wertvoller als andere Arten von Beziehungen (zum
289 Beispiel Freundschaften) sind. Daraus folgt, dann oft die Annahme, dass alle
290 Menschen diese unterhalten oder zumindest anstreben sollten. Diese Ansicht ist
291 besonders für aromantische Menschen problematisch.

292 **Allonormativität** = Der Begriff bezeichnet die gesellschaftlich weit verbreitete
293 Annahme, dass jede Person sexuelles Verlangen empfindet und dieses Verlangen
294 ausleben möchte. Sex wird dabei oft als die höchste Form der Intimität
295 angesehen, und es wird angezweifelt, dass eins ohne Sex wirkliche Intimität
296 erleben oder eine erfüllte Beziehung dauerhaft führen kann.

297 **Cisnormativität** = Beschreibt die gesellschaftlich weit verbreitete Annahme, dass
298 sich jede Person mit dem Geschlecht, das ihr bei der Geburt, meist aufgrund
299 äußerer Geschlechtsmerkmale, zugewiesen wurde identifiziert und/oder dem
300 zugehörig fühlt. Damit gehen die Unsichtbarmachung und Abwertung von Menschen,
301 die nicht cis sind, also TINA* Menschen, einher.

302 **Heteronormativität** = Beschreibt die gesellschaftliche Erwartungshaltung, dass
303 alle Menschen cisgeschlechtlich und heterosexuell wären. Heteronormativität
304 beinhaltet die Annahme, dass jeder Person ein binäres Geschlecht (also männlich
305 oder weiblich) zugewiesen werden kann. Dieses könne bereits bei der Geburt an
306 den Genitalien abgelesen werden. Außerdem besteht die Annahme, dass die
307 Geschlechter sich grundlegend voneinander unterscheiden und Menschen sich

308 romantisch und sexuell vom anderen Geschlecht angezogen fühlen. Es sollen sich
309 also (cis) Männer nur zu (cis) Frauen hingezogen fühlen und umgekehrt.
310 Abweichungen von dieser Norm wie beispielsweise queere Beziehungen oder trans*
311 Personen werden als nicht "normal" wahrgenommen, unsichtbar gemacht und
312 diskriminiert. Auch abweichende Beziehungsformen wie offene Beziehungen oder
313 queerplatonische Beziehungen werden abgewertet.

314 **Cis-endo-hetero-allo-amato-allistischen-Patriarchat** = Ein System von Macht und
315 Kontrolle, das weiße cis Männer, die dyadisch (nicht inter*) sind, heterosexuell
316 und -romantisch und nicht behindert, nicht neurodivergent, nicht chronisch oder
317 psychisch krank sind an die Spitze stellt und als "Norm" positioniert.

318 **Transition** = Was das genau für Personen heißt, ist individuell. Transition
319 bezeichnet generell den Übergang oder Weg zu einem anderen (Nicht-)Geschlecht.
320 Es gibt verschiedene Formen von Transitionen. Bei der medizinischen Transition,
321 können zum Beispiel eine Hormontherapie oder körperliche Eingriffe gewünscht
322 sein. Bei einer sozialen Transition geht es darum im Alltag als das korrekte
323 (Nicht-)Geschlecht unterwegs zu sein und im besten Fall anerkannt zu werden. Mit
324 einer juristischen Transition sind Vornamens- und Personenstandsänderungen
325 gemeint.

326 **NC** = Numerus Clausus, der NC ist eine Zulassungsbeschränkung für Universitäten.
327 Der NC beruht hauptsächlich auf der Abitur-Durchschnittsnote. Viele Studiengänge
328 haben einen NC, also einen Durchschnitt, der nicht größer als die angegebene
329 Zahl ist.

330 Für Studiengänge wie Medizin, Psychologie, Pharmazie und Jura ist der NC sehr
331 hoch (bzw. niedrig) und liegt etwa zwischen 1,0 und 1,4.

Begründung

Viele kennen die Suche nach Psychotherapie vermutlich als etwas sehr Langatmiges und Frustrierendes. Mit einer Überweisung ist erst der erste von vielen mühsamen Schritten getan, denn es fehlen von den gesetzlichen Krankenkassen gezahlte Therapieplätze an allen Ecken und Enden/rw. Dabei ist eine Therapie in der Regel etwas, was möglichst schnell beginnen sollte, um Patient*innen zu helfen. Wochen-, monate- oder jahrelang auf einen Therapieplatz warten zu müssen, stellt unserem Gesundheitswesen ein sehr schlechtes Zeugnis aus/rw.

Selbst die Menschen, die die Kraft haben, Anruf um Anruf zu machen, Therapeut*in nach Therapeut*in abzuklappern/rw, müssen nicht selten einiges an Wartezeit auf sich nehmen. Kommen dann noch Themen wie ein Transitionswunsch hinzu, kann die Wartezeit auch Mal zwei Jahre übersteigen. Denn neben dem

generellen Therapieplatzmangel herrscht ein noch größerer Mangel an Therapeut*innen, die Menschen mit Transitionswunsch begleiten und respektvoll behandeln. Immer wieder erzählen besonders marginalisierte Menschen von unschönen, belastenden und grenzüberschreitenden Vorfällen. Ein Therapieplatzwechsel ist da nicht immer möglich, sei es weil es keine*n andere*n erreichbare*n Therapeut*in gibt, weil die Wartelisten ewig im Voraus ausgebucht sein. Sei es, weil es keine ÖPNV-Verbindung gibt, weil ausgefallene Stunden von Patient*innen bezahlt werden müssen oder weil sie Angst vor Therapeut*innen haben oder sogar Trauma. Die möglichen Gründe sind vielfältig.

Das muss sich endlich ändern! BI_PoC, behinderte, neurodivergente, queere/LGBTQIANP+ und andere marginalisierte Menschen müssen endlich adäquate, respektvolle, erreichbare und barrierefreie Therapieplätze zeitnah bekommen können.

Es braucht barrierefrei zugängliche Therapien. Die Treppen nicht nehmen zu können, darf kein Grund sein, weshalb Menschen keine Therapie machen können. Dazu gehört auch, dass wir mehr Therapeut*innen und / oder Dolmetscher*innen brauchen, die Therapie in Deutscher Gebärdensprache möglich machen.

Arme, chronisch kranke, behinderte, queere/LGBTQIANP+ und oder BI_PoC Menschen sind häufiger **nicht** in der Lage, die Studiengebühren zu stemmen /rw, erfahren Diskriminierung oder können im aktuellen Bildungssystem diesen Beruf aus anderen Gründen nicht erlernen. Beispielsweise ist in Deutschland die Erwerbslosenquote der erwerbsfähigen trans* Menschen fünfmal höher als der Landesweite Durchschnitt. Trans* Menschen sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen.

[

https://static1.squarespace.com/static/572347337da24f738c352ec7/t/588e15708419c-2ec3fdbfbc7/1485706613853/benachteiligung_von_trans_personen_insbesondere_im_arb-eitsleben.pdf

https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/POS/POS_21_BAGW_inter_trans_Mensche-n_final.pdf]

Ein Update des Studiums und der Ausbildung sind überfällig und dringend nötig, damit weder angehende Psycholog*innen, noch Patient*innen darunter leiden müssen, dass bestimmte Themen, wie zum Beispiele rassistische Diagnosen oder Themen im Bereich TINA* nicht oder nicht adäquat in Studium und Ausbildung vorkommen.

Ebenso dringend ist eine erhebliche und zeitnahe Überarbeitung der Bedarfplanung. Es braucht mehr Zulassungen für ambulante Psychotherapeut*innen um frühzeitig mit Therapien beginnen zu können, statt erst lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen.

Daneben braucht es wesentlich mehr Therapieplätze für TINA* Menschen und Menschen mit Transitionswunsch. Die Anzahl der Berichte, dass monate- oder jahrelang auf einen Platz gewartet und gehofft werden muss - falls überhaupt einer zu finden ist - müssen endlich der Vergangenheit angehören. Das Leiden von Menschen mit Transitionswunsch so künstlich zu verlängern, ist inakzeptabel.

Außerdem unabdingbar sind mehr Notfall-Plätze bei den Therapeut*innen, dass Therapien flexibel an die Bedürfnisse von Patient*innen angepasst werden können und dass Therapie-Sperren abgeschafft werden. Weder das System noch einzelne Therapeut*innen können festlegen, wann eine Person keine Therapie mehr braucht - das kann nur die Person selber bestimmen. Der Bedarf an Therapie verschwindet nicht plötzlich, nur weil eine Sperre auferlegt wurde, im Gegenteil, so eine Sperre vergrößert oft den Leidensdruck und den Therapie-Bedarf. Ebenso wichtig ist, dass Therapien nicht gegen Patient*innenwillen komplett beendet werden dürfen. Ein Hürden-armer Wechsel muss auch möglich sein, wenn sich eine therapierende Person aus eigener Sicht keine Therapie mehr vorstellen kann.

Patient*innen wissen in vielen Fällen am besten, ob ihnen eine Therapie gut tut oder nicht und ob sie weiter nötig ist.

Neben all dem sind niedrighschwellige Meldemöglichkeiten von Diskriminierung im Kontext von Psychotherapien wichtig. Meldungen dürfen nicht daran scheitern, dass unbekannt ist wohin diese überhaupt gerichtet werden müssen, in welcher Form und welchem Umfang. Denn das birgt die Gefahr, dass weitere Personen Diskriminierung erleben.

Neben Psychotherapie spielt Community Care eine wichtige Rolle. Nicht allen Menschen bringt Psychotherapie etwas, und nicht alle haben Zugang dazu. Deshalb müssen Community Care-Angebote unterstützt werden.

Vor allem sollen alle Menschen Zugang zu den Therapie- und Care-Angeboten haben, die ihnen gut tun.